

## Nachhaltige Entwicklung - von der Agenda 21 zum Schulprogramm

„Umweltbildung“ und „Entwicklungspädagogik“ bilden schon lange Elemente schulischen Lernens, die abhängig von Engagement und Interessen der Lehrer, Schüler und Eltern das Gesicht einer Schule mehr oder weniger stark prägen. In den Jahren nach dem Weltklimagipfel in Rio de Janeiro und in Folge des dort entstandenen Handlungskatalogs, der „Agenda 21“, entwickelte sich daraus ein als „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ bezeichneter, konzeptionell gewandelter Bildungsansatz. Diese Neuorientierung wird in nächster Zukunft auch durch die Etablierung eines gleichnamigen Förderprogramms der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung an Gestalt und Gewicht gewinnen. Partizipation aller am Schulleben Beteiligten ist ein zentrales Anliegen des Konzeptes. Nachhaltige Entwicklung als ein möglicher Fokus der Schulprogrammentwicklung verspricht gerade wegen dieses partizipativen Ansatzes Innovationschancen und Synergieeffekte im organisatorischen, methodischen und inhaltlichen Bereich.

### 1 Nachhaltige Entwicklung als Bildungsauftrag

Die „Agenda 21“ ist ein offizielles Dokument der Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema „Umwelt und Entwicklung“, die im Juni 1992 in Rio de Janeiro veranstaltet wurde. Die Konferenz wird manchmal auch als „Weltklimagipfel in Rio“ bezeichnet. Agenda 21 kann man übersetzen mit „Aktionsprogramm der Staaten dieser Welt für das 21. Jahrhundert“. In der Präambel heißt es: *„Die Agenda 21 ist Ausdruck eines globalen Konsenses und einer politischen Verpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich von Entwicklung und Umwelt.“*

Die Agenda 21 wurde von fast 180 Staaten unterzeichnet. Darunter ist auch die Bundesrepublik Deutschland.

Der Entstehungshintergrund dieses Aktionsprogramms ist ein doppelter: Auf der einen Seite ist es die Diskussion um den Nord-Süd-Ausgleich. Sie existiert schon seit den 1960er Jahren und kreist um die Frage, wie es zu einem gerechten Ausgleich zwischen dem wohlhabenden hoch industrialisierten Norden der Welt und dem armen Süden, den Entwicklungsländern, kommen kann. Auf der anderen Seite gibt es seit den 1970er Jahren die Diskussion um die Endlichkeit der Ressourcen, die Naturausbeutung und –vergiftung sowie das Bevölkerungswachstum. Die ökologischen Problemlagen signalisieren: Man kann das Modell der westlichen Industrienationen nicht globalisieren. Die verfügbaren Ressourcen würden nicht reichen, die Umweltverschmutzung würde rapide steigen.

Wie aber soll Gerechtigkeit in einer zukunftsfähigen Umwelt erreicht werden? Das Konzept heißt „Nachhaltige Entwicklung“.

Die Idee einer „Nachhaltigen Entwicklung“ (englisch: „Sustainable Development“), wurde bereits 1987 mit dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung „Unsere gemeinsame Zukunft“ im breiteren politischen Rahmen populär gemacht. Das Dokument ist unter dem Titel „Brundtland-Bericht“ – benannt nach der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin und Kommissionsvorsitzenden Gro Harlem Brundtland – bekannt geworden.

Wie der Name dieser Kommission bereits vermuten läßt, werden hier umwelt- und entwicklungspolitische Stränge zusammengeführt. Der Ursprung dieses Denkens ist ebenso im Nord-Süd-Dialog wie auch in der Wahrnehmung der ökologischen Krise zu sehen. Die Agenda 21 greift diese Idee der *Nachhaltigen Entwicklung* (manchmal auch „*zukunftsfähige Entwicklung*“ [Wuppertaler Institut] oder „*dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung*“ [Rat von Sachverständigen für Umweltfragen] genannt) auf.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß die Tragfähigkeit der Ökosphäre wie auch die Ressourcenvorräte der Erde eine Ausdehnung der industriegesellschaftlichen Lebens- und Wirtschaftsweise auf alle Teile der Erde wie auch in die Zukunft hinein nicht erlauben. Daraus wird im Brundtland-Bericht die Zielvorgabe einer Entwicklung gewonnen, welche „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

(Brundtland-Bericht) Entwicklung, die dieser Bedingung genügt wird *als dauerhaft, nachhaltig oder zukunftsfähig* bezeichnet.

Damit bildet ein *sozialer Leitgedanke* das grundlegende Werturteil der Nachhaltigkeit: Ihr Ziel ist Gerechtigkeit in einem doppelt verpflichtenden Sinne: Es geht sowohl um die Lebenschancen und -qualitäten aller *derzeit* auf der Erde existierenden Menschen (globale Dimension, *intragenerationelle Gerechtigkeit*) als auch um die *künftiger* Generationen (Zukunftsdimension, *intergenerationelle Gerechtigkeit*). Zur Seite der Natur erfolgt eine erste Operationalisierung in Form von Management-Regeln, die die Nutzung erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Ressourcen, deren Substituierbarkeit durch Technologie bzw. die Belastbarkeit der Umweltmedien und die Regulierung von Stoffeinträgen betreffen.

„Als gesellschaftliches Leitbild für die Zukunft soll das Konzept einer Nachhaltigen Entwicklung *heute* die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringen.“

*Umweltpolitik wie auch Umweltbildung lassen sich bis in die jüngste Zeit hinein als Reaktionen auf jene Problemlagen begreifen, die markiert werden mit dem „Dreieck ökologischer Probleme“:*

- 1) *Umweltvergiftung und -zerstörung*
- 2) *Verschwendung endlicher Ressourcen*
- 3) *Globale Bevölkerungsexplosion.*

*Dieses Dreieck gibt die Diskussion über Umweltgefahren wieder, wie sie in den 1960er Jahren mit der Studie von R. Carson „The Silent Spring“ (Carson 1962) begann (Umweltvergiftung), sodann mit den Studien des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums (Meadows u.a. 1977) fortgesetzt wurde (Ressourcenknappheit und Bevölkerungsexplosion) und schließlich zu Bürgerprotest und nationalem wie internationalem umwelt- und bevölkerungspolitischem Handeln führte.*

*Während das „Dreieck der ökologischen Probleme“ ein Bedrohungsszenario zur Basis hatte und damit implizit ein reaktives Handlungskonzept anbot, stellt das „Dreieck der Nachhaltigkeit“ ein Modernisierungsszenario dar.*

*Ökologie, Ökonomie und Soziales werden vernetzt gedacht und die positive Entwicklung in einem der Bereiche gilt als notwendig mit der Entwicklung in den anderen Bereichen verbunden. Zwar werden die Bedrohungen im Nachhaltigkeitskonzept durchaus wahrgenommen, es steht jedoch der Zukunfts- und Gestaltungsgedanke im Vordergrund.*

*Die Agenda 21 mit ihren fast 300 eng bedruckten Seiten ist in 40 Kapitel unterteilt und bietet einen Orientierungsrahmen für politisches, wirtschaftliches und soziales Handeln. Es ist ein konstruktiver Ansatz, der soziale und wirtschaftliche Dimensionen veränderter Entwicklung (Teil 1), den Erhalt und die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (Teil 2), die Funktion wichtiger Gruppen (u.a. von Kindern und Jugendlichen, Frauen, Umweltverbänden, der privaten Wirtschaft und der Gewerkschaften, der Kommunen und der Wissenschaft) (Teil 3) und Möglichkeiten der Umsetzung (Teil 4) thematisiert.*

*Im großen Abschnitt zu den Umsetzungsfragen findet sich das Kapitel 36 der Agenda. Dieses Kapitel handelt von der Funktion des Bildungssystems. Der Schul- und Berufsbildung und der Förderung des Umweltbewußtseins wird darin eine entscheidende Aufgabe bei der Umsetzung der Agenda 21 zugewiesen. Ohne veränderte Bewußtseinsformen und Umweltbildung, so besagt dieses Kapitel, wird eine zukunftsfähige Weltgesellschaft sich kaum etablieren können.*

## **2 Nachhaltige Entwicklung erfordert neue Formen der Partizipation und Kooperation**

Die notwendige Veränderung - das ist politisch weitgehend unumstritten - kann nicht als zentral gesteuerter Wandlungsprozeß mit einer „top-down“-Strategie erfolgen, sondern verlangt „das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen“ und damit „neue Formen der Partizipation“. Den Bürgern werden dabei erhebliche Kompetenzen bei der Beteiligung und Selbstorganisation von Verständigungs- und Entscheidungsprozessen abverlangt (z.B. eigenständige Informationsaneignung und- bewertung, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, vorausschauendes Planen in vernetzten Systemen). Die Agenda 21 verlangt deshalb in ihrem Bildungskapitel die „Neuausrichtung der Bildung auf eine nachhaltige Entwicklung“.

*Alle zentralen politikberatenden Kommissionen und Einrichtungen, die sich mit der nachhaltigen Entwicklung befassen, halten Bildung und Erziehung für einen entscheidenden Wegbereiter in eine nachhaltige Gestaltung der Gesellschaft. Bildung wird in den Verlautbarungen von Politikberatung und Politik nicht als eine additive Maßnahme verstanden. Vielmehr stehen wir vor der neuen Situation, daß einhellig alle politikberatenden Gremien in der Bildung und Erziehung die Voraussetzung für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung sehen.*

*Damit wird eine Neuorientierung der nun schon klassischen Umweltbildung, die weitgehend auf dem Bedrohungsszenario der 1960er bis 1980er Jahre basierte, erforderlich. Die Bedrohungsszenarien verbanden sich in der Umweltbildung mit einer „grünen“ Orientierung. Das meint: Der Schutz der Natur, die Erkundung und Beobachtung von Naturphänomenen, Themen wie Abfall, Wasser, das Waldsterben aber auch Fragen der Energiegewinnung und -nutzung standen im Mittelpunkt der Themenselektion. Wenn nach Lösungen für die identifizierten Umweltprobleme gesucht wurde, so bestanden diese in aller Regel in der Aufforderung zur Verhaltensmodifikation. Darin eingeschlossen waren vielfältige Formen der Sensibilisierung für Naturphänomene und neue Wahrnehmungen (auch des eigenen Körpers in Bezug zur äußeren Natur), die Hege und Pflege von Landschaften, Gärten, Biotopen usw. Nicht zuletzt diente die Umweltbildung, wo sie auf*

*Bedrohungen fußte, der Bewältigung von Ängsten und der Befähigung zur Artikulation von Protest. Darüber hinaus waren (und sind) technische Lösungen von Umweltproblemen (von der Abwasserreinigung und geordneten Abfallentsorgung bis hin zu Filtertechnik und Solarkraft) Gegenstand der Umweltbildung. Bildung für Nachhaltigkeit basiert weniger auf Bedrohungs- als auf Modernisierungsszenarien. Sie greift die Verbindung zwischen Ökologie, Ökonomie und dem Sozialen auf. Sie ist in der Idee der Gerechtigkeit verankert und schlägt die Brücke zwischen Umwelt und Entwicklung. Modernisierung meint, nicht mehr allein reaktiv mit ökologischen und sozialen Problemlagen umzugehen, sondern diese aktiv und innovativ zu bewältigen oder aber gar nicht erst entstehen zu lassen. Bezogen auf die Bildungsziele geht es hier weniger um eine bestimmte Modifikation des Verhaltens der Schüler als um die Aneignung von Gestaltungskompetenz im Sinne des Vermögens, die Zukunft der eigenen Sozietät aktiv mitzugestalten, modifizieren und modellieren zu können.*

### 3 Nachhaltige Entwicklung und schulische Reform

Bildung für Nachhaltigkeit erweist sich durch diesen ausgewiesenen partizipativen Ansatz als hochgradig kompatibel zu aktuellen schulischen Reformbestrebungen. Schließlich ist davon auszugehen, daß der Nachhaltigkeitsdiskurs nur dann Breitenwirksamkeit erreicht, wenn er in vielen Bereichen der Gesellschaft – also auch in den Schulen – Anschlußmöglichkeiten findet. Nachhaltigkeit hat besonders dort Chancen auf Verbreitung, wo sie entsprechend der Leistungsfähigkeit von Institutionen und Personen nicht nur neue, zusätzliche Aufgaben stellt, sondern auch für aktuell dort auftretende Probleme Lösungen verspricht. Mit dem Begriff der „Anschlußfähigkeit“ ist keine Anpassung, kein „Zurichten“ der Nachhaltigkeitsidee an die jeweiligen Adressaten gemeint, sondern die Suche nach Überschneidung mit dort vorhandenen Ideen, Zielen oder Visionen. Bezogen auf die Schule heißt das beispielsweise, daß Nachhaltigkeit Elemente von dem aufweisen muß, was bei den Beteiligten an positiven Vorstellungen zu Unterricht, Schulleben, schulischer Gemeinschaft und zur Beziehung der Schule zum Umfeld kursiert. Nur so erscheint eine Auseinandersetzung mit dem Thema auch aus der Binnenperspektive attraktiv und lohnenswert. Das heißt nicht, sich vornehmlich an der - vielleicht momentan als defizitär wahrgenommenen - Schulrealität zu orientieren, sondern anknüpfend an zeitgemäße pädagogische Konzepte den Rahmen der Umsetzungsmöglichkeiten zu eruieren.

*Abbildung: Nachhaltigkeit und Reformkonzepte : gemeinsame Orientierungen*

Die **Verknüpfung der Perspektiven nachhaltiger Entwicklung mit denen innovativer Schulentwicklung** und das Herausarbeiten gemeinsamer Orientierungen sind bei der praktischen Integration des Themas „nachhaltige Entwicklung“ in die schulische Bildung chancenreicher und leistungsfähiger, als eindimensional ausgerichtete „Umsetzungsstrategien“. Als aktuelle pädagogische Basistheoremen und Reformkonzepte können gelten:

- Ein **reflexives Bildungsverständnis**, dem es eher um Autonomie, Selbstbestimmung und Anregung als um Abhängigkeit, mechanische Übertragung und Zwang geht, als pädagogische Leitidee,

- **Gestaltungsautonomie** als Konzept der Demokratisierung und der Ausdifferenzierung der Schullandschaft,
- **Schulprofile und -programme** als dynamische Instrumente zur Entwicklung von Leitbildern, Identität, Handlungszielen und -vereinbarungen,
- **Öffnung von Schule** als Idee zur Gestaltung des Verhältnisses von Schule und Umfeld.

Alle genannten Konzepte weisen in ihren charakteristischen Merkmalen deutliche Parallelen zu konstitutiven Elementen der Nachhaltigkeit auf. Partizipation, Reflexivität, Selbstevaluation und -organisation, regionale und lokale Identität sind einige Beispiele für die vielfältigen Überschneidungen. Es ist davon auszugehen, daß eine Schule, die in dem hier skizzierten Sinne Nachhaltigkeit anstrebt, dieses kaum tun kann, ohne sich in den genannten Reformfeldern ebenfalls zu entwickeln. Dieses soll im folgenden an den Beispielen „Schulprogrammentwicklung“ und „Selbstevaluation“ illustriert werden. Die Darstellung folgt dabei der Programmatik des BLK-Programmgutachtens „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in dem diese Elemente als innovative Strukturen einen zentralen Stellenwert erhalten.

#### 4 Schulprogramme als Instrumente nachhaltiger Schulentwicklung

Die derzeit aktuelle Schulentwicklungs-Debatte um Schulprogramme und Schulprofile bietet etliche Anknüpfungspunkte und Chancen für Bildungsbemühungen, die an Nachhaltigkeit orientiert sind. Die Entwicklung, Präzisierung und ggf. regionale Ausdifferenzierung des Schulprofils „Nachhaltigkeit“ wird deshalb einen zentralen Stellenwert innerhalb des Bildungsprogramms für nachhaltige Entwicklung haben.

In nahezu allen Bundesländern gibt es momentan bildungspolitische Bestrebungen, den Einzelschulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Dieser Zuwachs von Entscheidungs- und Handlungsfreiheiten ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ausdifferenziert und auf verschiedene Handlungsfelder bezogen. Er betrifft in aller Regel den Unterricht (etwa im Bereich der Stundentafel, der Lehrpläne, der zeitlichen Organisation und des fächerübergreifenden Lernens) ebenso wie das Schulleben, die innerschulischen Entscheidungsstrukturen und die Kooperation mit dem außerschulischen Umfeld. Die Reichweite der den Schulen eingeräumten Teilautonomie kann sich je nach Bundesland von der Verwaltung der Budgets bis hin zu Fragen der Personalentwicklung erstrecken.

Ein „nachhaltiges Schulprofil“ (als nach innen und außen erkennbares, von anderen Schulen unterscheidbares, für die Akteure entscheidungs- und handlungsleitendes „Gesicht“ einer Schule) sollte Ergebnis eines bewußten und von einer Mehrheit getragenen Prozesses sein, in dem es um die Ausgestaltung dieser Freiräume in den genannten Handlungsfeldern geht. Als Bestandteile des Planungs- und Handlungsinstrumentes „Schulprogramm“ werden dabei gemeinsam Leitlinien, Grundorientierungen und Ziele auf dem Weg zur Nachhaltigkeit festgelegt, der Ist-Stand ermittelt, konkrete Handlungsschritte vereinbart und deren Wirksamkeit evaluiert.

Ein Schulprogramm auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sollte

- bezogen auf die Ziele, Inhalte, Methoden und Organisationsformen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit Schwerpunkte im Kontext der Agenda 21 setzen,

- Leitlinien für Zusammenarbeit, Kooperation und Schulleben im Sinne der sozialen Seite der Nachhaltigkeit beschreiben,
- Grundsätze zum Umgang mit Ressourcen formulieren,
- von vorne herein Möglichkeiten einer Partizipation umfassen,
- den Aufbau von außerschulischen Unterstützungsstrukturen und –netzen für globale und lokale Aspekte der Nachhaltigkeit gezielt mit einbeziehen.

In diesem Zusammenhang sollten verschiedene Möglichkeiten und Formen der internen und externen Evaluation (z.B. Entwicklung von Qualitätsindikatoren, Etablierung von Qualitätszirkeln, Peer Reviews) eingesetzt und auf ihre Eignung hin erprobt werden.

Die Frage nach den für die Programmentwicklung notwendigen und förderlichen Anreiz- und Unterstützungsstrukturen (Schulnetze, schulinterne und –übergreifende Fortbildungs- und Beratungsangebote, neue Kommunikationsmedien) stellt ebenfalls einen Untersuchungsbereich dar, in dem Praxiserfahrungen im breiteren Maßstab noch ausstehen.

## 5 Ein Beispiel: „Nachhaltigkeitsaudit“ als Schulprofil

Als im Juni 1993 die EG Verordnung Nr. 1836/93 verabschiedet wurde, war mit der darin beschriebenen Idee des Öko-Audits (engl.: Eco-Management and Audit Scheme, kurz: EMAS) zunächst nur an eine Beteiligung gewerblicher Unternehmen gedacht. Nach der deutschen, erweiterten Verordnung ist es nun auch Dienstleistungsunternehmen sowie kommunalen Einrichtungen möglich, sich freiwillig am EU-Öko-Audit zu beteiligen. In erster Linie ist dabei an Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung, des Einzelhandels und Verkehrs, an Reisebüros, Krankenhäuser, Finanzdienstleister etc. gedacht.

Mit der erweiterten Öko-Audit-Verordnung erhalten auch die allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, sich einem Öko-Audit-Verfahren zu unterziehen. Dabei wird man Schulen allerdings nicht einfach als Betriebe behandeln können, wenn es um die multiplikatorische Wirkung geht. Man wird auf Motivationen, Lerninteressen und Zielsetzungen von Schülern und die erklärten Absichten von Bildungseinrichtungen (von den Schulverfassungen eines Landes bis hin zum Profil einer Einzelschule) Rücksicht nehmen müssen.

Einige Schulen versuchen derzeit, das Konzept des „Öko-Audits“ im schulischen Kontext nutzbar zu machen. Schulen werden dabei als ‘Betrieb’ mit einem spezifischen Stoff- und Energiedurchsatz betrachtet. In diesen Projekten wird vor allem auf die Erfassung und Bewertung der Stoff- und Energieströme fokussiert, wobei von den Schulklassen über den Lehrkörper bis hin zum Hausmeister alle schulischen Akteure eingebunden werden. Auf dieser Ebene wäre es eine lohnenswerte Aufgabe zu prüfen, inwieweit durch eine Kooperation von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bzw. Schulzweigen technisches und betriebswirtschaftliches Know-how übertragen und modifiziert werden kann. Darüber hinaus sind für eine Integration von Auditierungsverfahren in schulische Bildung perspektivisch noch andere Entwicklungsbereiche zu markieren:

- Die pädagogische Dimension wird bei einer Adaption des bisherigen Auditierungsverfahrens weitgehend ignoriert. Die Konzentration auf Stoff- und Energieströme ist zwar richtig aus der Perspektive der Schule als Unternehmen, nicht aber hinreichend aus der Perspektive von Schule als Bildungseinrichtung.
- Das Öko-Audit sollte als ein Beitrag für ein umfänglicheres – sozusagen „nachhaltigkeits-immanentes“ – Konzept begriffen werden, das neben der

Ökologie auch die Ökonomie und die soziale Seite umfaßt. Erhoben werden bisher in der Regel der Heizenergie- und Strom- sowie der Wasserverbrauch, der Abfallaufkommen, der Bürobedarf, die Essenszubereitung und die Fahrwege. In der Bildung für nachhaltige Entwicklung sind allerdings auch andere Dimensionen wie Gerechtigkeit oder Dritte-Welt-Themen des Unterrichts relevant. Der Lernort Schule bietet sich für diese weiter gefaßte Betrachtung geradezu an. Das Öko-Audit könnte sich daher in ein umfängliches Konzept des Nachhaltigkeits-Audits transferieren lassen.

- Bei den bisherigen Bemühungen um ein Öko-Audit im schulischen Bereich handelt es sich im Wesentlichen um singuläre Aktivitäten. Unter dem Gesichtspunkt der Breitenwirkung wäre es erstrebenswert, das Öko-Audit auch für Schulen – unter den spezifisch pädagogischen Gesichtspunkten und unter Erweiterung in Richtung der nachhaltigen Entwicklung – zu einem nachvollziehbaren, leichtgängig in die Regelpraxis überführbaren Verfahren machen.

Es wird einer der Schwerpunkte des künftigen BLK-Förderprogramms „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ sein, solche Perspektiven weiter zu entfalten und praxistauglich zu entwickeln.

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird – so läßt sich entlang dieser Beispiele resümieren – kaum ohne bildungspolitische Innovation auskommen. Sie verspricht ihrerseits aber auch, Beiträge zur Umsetzung des bildungspolitisch Gewollten durch inhaltliche, methodische und strukturelle Konkretisierungen zu leisten.

*Gerhard de Haan, Dorothee Harenberg: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn 1999*